

Viele Informationen und intensive Beratungen bei der diesjährigen Sitzung des Landesausschusses

Erich Rettinghaus lud zur turnusmäßigen Sitzung des Landesausschusses ein und zahlreiche Delegierte folgten dem Aufruf des Landesvorsitzenden, um sich umfangreichen Themenfeldern zu widmen. Unmittelbar vorher tagte bereits der Landesvorstand, um die Sitzung des Landesausschusses final vorzubereiten.

Erich Rettinghaus eröffnete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer, unter denen sich auch die Ehrenmitglieder Klaus Grützemann und Peter Feldbrügge befanden. Bevor der Landesvorsitzende mit der Genehmigung der Tagesordnung die Sitzung fortsetzte, bedankte sich Erich Rettinghaus bei Peter Feldbrügge für dessen Unterstützung des Landesverbandes. Schließlich hatte Peter Feldbrügge dem Landesverband auch nach seiner Pensionierung und dem damit verbundenen Ausscheiden aus dem geschäftsführenden Landesvorstand weiterhin tatkräftig zur Seite gestanden. Begleitet vom Beifall der Delegierten überreichte Erich Rettinghaus Peter Feldbrügge eine Flasche Wein als Präsent.



Foto: DPoIG NRW

Nach der Verabschiedung der Tagesordnung berichtete Erich Rettinghaus umfangreich zur aktuellen Lage.

Zu Beginn des Berichts zur Lage bedankte sich Erich Rettinghaus bei den Kreisvorständen für die engagierte Arbeit, die vor Ort geleistet wird. Der Landesvorsitzende betonte hierbei die große Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in den Kreisvorständen.

Intensiver Austausch mit der Landespolitik

Erich Rettinghaus warf sodann einen Blick auf die Landespolitik und machte deutlich, dass sich die DPoIG mit allen Fraktionen im Austausch befindet- das gilt mit Ausnahme von der AFD sowohl für die Opposition als auch für die Regierungsparteien. Folgerichtig folgte der Landesvorsitzende auch den

Einladungen von CDU und FDP zu deren Neujahrsempfängen. Darüber hinaus folgte der geschäftsführende Landesvorstand auch den Einladungen zum Austausch der Fraktionen von SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen.

Landtagswahl veränderte politische Landschaft in NRW- neue Schwerpunktsetzung ist die Folge

Nach der Landtagswahl hat sich die politische Landschaft deutlich verändert. Aber nicht nur die politischen Konstellationen (erstmals Schwarz-Grüne Regierung in NRW) haben sich verändert. Der Koalitionsvertrag, der den Titel „Zukunftsvertrag“ trägt, lässt schon deutlich erkennen, dass die Schwerpunktsetzung von CDU und Grünen eine andere ist als dies in der davor liegenden Legislaturperiode zwischen den Regierungsparteien von CDU und FDP der Fall war.

Erich Rettinghaus machte diesbezüglich deutlich, dass zwischen 2017 und 2022 die innere Sicherheit erkennbar priorisiert wurde. Nunmehr steht der Koalitionsvertrag im Zeichen der Bildungspolitik. Der Vertrag enthält nur wenige Aspekte für die Fortentwicklung der inneren Sicherheit. Allerdings hält die aktuelle Regierung am bereits bestehenden Kurs der erhöhten Einstellungszahlen fest. Es ist aber deutlich erkennbar, dass die Zielsetzung, 3000 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr einzustellen, nicht erfüllt werden kann. Die DPoIG begrüßt die Zielsetzung, hatte aber bereits im Rahmen der DPoIG-Podiumsdiskussion vor den Wahlen im vergangenen Jahr Zweifel an der Realisierbarkeit angemeldet, wenn man an den Einstellungskriterien festhalten möchte. „Und ein Schleifen der Einstellungsvoraussetzungen ist mit der DPoIG keinesfalls zu machen“, stellte Erich Rettinghaus vor den Delegierten deutlich heraus, dass die Haltung der DPoIG NRW hier unverrückbar ist.

FOS-Polizei ist ein Erfolgsprojekt

Einen Lichtblick für die Landesregierung stellt der von der DPoIG NRW geforderte und nach den Vorschlägen der DPoIG NRW umgesetzte Schulversuch FOS-Polizei dar. Die Zahl der geeigneten Bewerber war viel größer als die Kapazitäten, welche die Landesregierung aufgrund der erwarteten Zahl der Bewerber geschaffen hatte. Folglich wird bereits im Sommer die Zahl der Standorte deutlich erhöht, um mehr geeigneten Bewerbern den Zugang zum Bildungsgang FOS-Polizei zu eröffnen. Eines ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt festzuhalten: Die Aussage einer mitbewerbenden Berufsvertretung, dass es keinen Lehrgang FOS-Polizei brauche, weil sich auch Absolventen einer anerkannten Berufsausbildung nach entsprechender Berufserfahrung bei der Polizei bewerben können, ist haltlos. Zu keiner Zeit gab es nennenswerte Zahlen von berufserfahrenen Bewerbern ohne Abitur. Der neugeschaffene Bildungsgang hingegen zeigt, dass die Polizei auf Absolventen der mittleren Reife einen großen Reiz ausübt. Die DPoIG NRW wird sehr genau beobachten, wie sich der Schulversuch entwickelt und wie die Ausgestaltung des Bildungsgangs fortentwickelt wird- denn da ist erkennbar noch Luft nach oben. Nicht alle Behörden scheinen zum Beispiel auf die Praktikantinnen und Praktikanten vorbereitet zu sein, so dass diese nicht immer adäquate Erfahrungen machen können.

Großes Stellenplus seit 2017

Die Einstellungsoffensive der Schwarz-Gelben Regierung in der Zeit von 2017 bis 2022 haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Insgesamt gibt es ein Stellenplus von 17 Prozent, so dass inzwischen 61.343 Beamte und Tarifbeschäftigte im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums tätig sind. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass in der Vergangenheit im genannten Zeitraum durch die Politik eigentlich ein Stellenrückgang kalkuliert und toleriert wurde. Die seinerzeit durch die DPoIG geforderte und von der Regierung umgesetzte Personalgewinnungsinitiative hatte demnach durchaus Erfolg und war erkennbar berechtigt. Leider finden sich die Stellenzuwächse nicht in allen Bereichen der Polizei wieder. Aufgrund der immens hohen Personalverluste in den jeweiligen Studiengängen, ist es nicht gelungen, die gewünschte Anzahl geeigneter Vollzugskräfte in die Behörden zu bringen. Bislang hat auch die neue Regierung kein Mittel gefunden, die Verluste zu

reduzieren. Leider sind immer noch viel zu viele Studierende den Anforderungen des Studiums nicht gewachsen oder brechen das Studium aus anderen Gründen ab- dies schwächt die Polizei nach wie vor massiv im operativen Bereich. Die DPoIG befindet sich weiterhin im intensiven Austausch mit der Politik, um diesen Trend umzukehren. Daher wurden gegenüber den politischen Verantwortungsträgern auch zahlreiche Ideen formuliert, durch welche das Studium attraktiver gestaltet und durch welche die Studierenden besser begleitet werden können (der POLIZEISPIEGEL berichtete).

Bewerberzahl nach wie vor zu gering

Neben besseren Studienbedingungen braucht es aber auch eine hohe Zahl geeigneter Bewerber. Dieses Ziel sieht die Regierung auch erreicht. Dies wird seitens der DPoIG NRW ganz anders gesehen, denn nicht jeder, der den Weg auf die Homepage des Bewerbungsportals gefunden hat, kann auch ernsthaft als Bewerber betrachtet werden. Faktisch findet aus der Sicht der DPoIG NRW längst keine Bestenauslese statt. Auch dies führt zu einer hohen Zahl von Studierenden, die den Anforderungen des Polizeiberufs nicht gewachsen sind und aus dem Studium ausscheiden. Die Polizei steht im Wettbewerb mit anderen qualifizierten Berufen, die ihrerseits auch über einen Fachkräftemangel klagen, den die jeweiligen Berufe durch Attraktivitätsoffensiven beheben wollen. Es braucht daher aus der Sicht der DPoIG eine echte Anstrengung, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, wenn man der zu geringen Zahl geeigneter Bewerber etwas entgegensetzen möchte.

Modernisierungsoffensive

Die Modernisierungsoffensive löst die völlig unzulängliche Attraktivitätsoffensive der vorangegangenen Landesregierung ab. Die Attraktivitätsoffensive konnte nicht erfolgreich sein, da die Verpflichtung zur Kostenneutralität über dem Prozess stand. Einen attraktiven öffentlichen Dienst gibt es aber nicht zum Nulltarif. Das wird umso deutlicher, wenn man die Bemühungen der Privatwirtschaft im Kampf gegen den Fachkräftemangel betrachtet. Dort hat man längst erkannt, dass es echte Anreize braucht, um geeignete Bewerber zu bekommen.

Als Ergebnis der „Attraktivitätsoffensive“ bleibt ein Langzeitarbeitszeitkonto (LAZ), das den Bedürfnissen der Polizei nicht entspricht und daher ungeeignet ist. Der Minister selbst hat gegenüber dem Landesausschuss der DPoIG NRW im vergangenen Jahr eingeräumt, dass es ein Fehler war, das Langzeitarbeitszeitkonto für die Polizei zum Gegenstand der „Attraktivitätsoffensive“ zu machen. Hierdurch konnte kein geeignetes Konzept für die Polizei entstehen und es ist nach wie vor nicht sichergestellt, dass Überstunden unbürokratisch dauerhaft vor dem Verfall geschützt werden. Stattdessen wurde ein bürokratisches Monstrum geschaffen, das keinesfalls geeignet ist, die Attraktivität des Polizeiberufs zu fördern.

Zumindest hat der Minister des Innern, Herbert Reul gegenüber der DPoIG NRW zugesichert, dass man die Regelungen zum LAZ evaluieren und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen werde. Es ist bereits jetzt erkennbar, dass Änderungen unverzichtbar sind- aber eigentlich braucht es eine individuell auf die polizeilichen Bedürfnisse zugeschnittene Regelung. Aber durch ein LAZ wird es sicher nicht gelingen, junge Menschen zu bewegen, sich bei der Polizei zu bewerben. Der DPoIG NRW war das natürlich längst klar- daher finden über zahlreiche Kanäle ständig Gespräche hinter den Kulissen statt, um Änderungsbedarfe unter anderem beim Zulagenwesen deutlich zu machen. Erich Rettinghaus teilte den Delegierten mit, dass der Finanzminister des Landes NRW, Marcus Optendrenk einen sehr engen und vertrauensvollen Kontakt zum Deutschen Beamtenbund pflegt und somit auch die Gesprächskanäle für die DPoIG NRW offen sind.

Ausstattung

In der Zeit von 2017 bis 2022 wurde sehr intensiv an der Verbesserung der Ausstattung gearbeitet. In dieser Zeit wurden die von der DPoIG geforderten Außentragehüllen, neue Fahrzeuge, ballistische Helme und Plattenträger, Bodycams, Smartphones und viele weitere wichtige Ausstattungen beschafft, die für die tägliche Einsatzwahrnehmung aber auch in Hochgefahrenlagen unverzichtbar sind. Zudem wurden Distanzelektroimpulsgeräte für ausgewählte Projektbehörden beschafft.

Flächendeckende Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG) ist nicht zu erwarten

Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW machte aus seiner Verärgerung über die Blockade der flächendeckenden Einführung gegenüber den Delegierten des Landesausschusses keinen Hehl. Zugleich räumte er ein, dass es derzeit keinen Ansatz gebe, die Blockade durch die Grünen zu überwinden. Dabei haben die Geräte alle Erwartungen, welche die DPoIG aber auch große Teile der Politik in die Einführung gesteckt haben, vollends erfüllt. Die von den Grünen kolportierte Erwartung des Missbrauchs der Geräte durch die Einsatzkräfte, konnte erwartungsgemäß und eindrucksvoll durch die Kolleginnen und Kollegen in den Projektbehörden widerlegt werden. Stattdessen helfen die Geräte jeden Tag, tätliche Angriffe und somit schwerwiegende Verletzungen bei Kolleginnen und Kollegen sowie beim polizeilichen Gegenüber zu verhindern.

Dem LZPD wurden bereits DEIG einer neuen Generation durch die Firma Axon vorgestellt. Diese verfügen über eine deutlich geringe elektrische Spannung (Volt) als sie bei den derzeit eingesetzten Geräten erzeugt wird. Dennoch soll die Funktionsweise keinesfalls schlechter als bei den derzeitigen Geräten sein. Zudem sollen die Geräte über eine noch einfachere Bedienung sowie über eine verbesserte Visierung verfügen.

Die Firma Axon wird die Geräte auch der DPoIG vorstellen.

Bodycams- Trageverpflichtung wird geprüft

Ebenfalls aus dem Hause Axon stammen bekanntlich die Bodycams, welche seit einigen Jahren im Wachdienst der Kreispolizeibehörden Verwendung finden. Derzeit wird geprüft, ob es eine Trageverpflichtung für Beamtinnen und Beamte des Wachdienstes geben soll. Unabhängig von einer fehlenden landesweiten Regelung zur Tragepflicht haben viele Behörden durch eigene Dienstanweisungen längst Fakten geschaffen und die Mitführipflicht verfügt. Die DPoIG bemängelt, dass auch durch die Trageverpflichtung keine Regelung zum „Pre-Recording“ geschaffen wird. Ebenso ist nicht vorgesehen, dass Bodycam und DEIG miteinander gekoppelt werden. Beides wäre aus der Sicht der DPoIG NRW sinnvoll, lässt sich politisch aber nicht durchsetzen. Da es sich beim DEIG nach wie vor um einen Trageversuch handelt, wäre die Kopplung des DEIG mit der Bodycam eine Ergänzung des Trageversuchs und könnte wichtige Erkenntnisse für eine derartige Vorgehensweise im flächendeckenden Betrieb liefern, gab Erich Rettinghaus zu bedenken.

Änderungen beim Landespersonalvertretungsrecht erforderlich

Neben weiteren Investitionen in die Sicherheitsausstattung sowie der zuvor angesprochenen dringenden Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs, bedarf es aus der Sicht der DPoIG NRW zwingend einer Überarbeitung des Landespersonalvertretungsrechts. Die DPoIG weist seit Jahren darauf hin, dass die im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) bestehende Regelung, keinerlei Minderheitenrechte zu gewähren, einer modernen Demokratie unwürdig ist. Durch die bestehende Regelung bekommt nur der Gewinner einer Wahl Zugriff auf Freistellungen für die Personalvertretung. Leider findet die DPoIG immer nur Gehör bei der Opposition- sobald dann aber Regierungsverantwortung übernommen wird, will keine Partei am undemokratischen Zustand etwas ändern. So zeichnet es sich auch gegenwärtig ab, dass es keine Mehrheit für eine Änderung der

gegenwärtigen Rechtslage geben wird. Dennoch wird die DPoIG NRW nicht im Bemühen nachlassen, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden.

Im Rahmen der Aussprache zum „Bericht zur Lage“, verwies Erich Rettinghaus auf Nachfrage der Delegierten darauf, dass die Positionen, welche von der DPoIG im Rahmen der Haushaltsberatungen immer öffentlich kundgetan werden (unter anderem Veränderungen bei den Zulagen, Schaffung weiterer Stellen im Bereich A 12 und A 13, ...) auch stets Gegenstand der Gespräche mit den Fraktionen des Landtages sowie mit den Regierungsvertretern (zum Beispiel Herbert Reul und Marcus Optendrenk) sind.

Einstimmige Entlastung des geschäftsführenden Landesvorstandes

Nach dem „Bericht zur Lage“ stellte der Schatzmeister der DPoIG NRW, Frank Mitschker, den Kassenbericht vor. Anschließend wurde der Landesvorstand einstimmig durch die Delegierten auf Vorschlag der Kassenprüfer entlastet.

Aus den Bereichen Junge Polizei, Tarif und Senioren

Nach dem Kassenbericht stellte sich die kommissarische Landesjugendleiterin, Julia Fritsch (KV Münster), dem Landesausschuss vor und berichtete über die Schwerpunkte der Aktivitäten. Hierbei gab sie auch einen Sachstandsbericht zu den JAV-Wahlen.

Im Anschluss berichtete Lisa Weiß aus dem Tarifbereich. Sie klärte hierbei über die besonderen Schwierigkeiten bei den laufenden Tarifverhandlungen für Tarifbeschäftigte des Bundes und der Kommunen auf und verwies darauf, dass zum Ende des Jahres auch wieder Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder bevorstehen. Auch bei diesen Verhandlungen ist zu erwarten, dass es zu heftigen Kontroversen kommen wird. In diesem Zusammenhang warf Erich Rettinghaus ein, dass es im Rahmen der bevorstehenden Tarifverhandlungen sicher auch wieder eine zentrale Kundgebung in Düsseldorf vor dem Landtag geben wird und dass es erforderlich sein wird, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu bringen, um den berechtigten Forderungen auch Nachdruck zu verleihen.

Wolfgang Orscheschek berichtete aus dem Seniorenbereich. Er berichtete, dass die Vorsorgeordner wichtige Unterlagen für Ruhestandsbeamte und Rentnenempfänger enthalten und dass diese Informationen von den Pensionären sowie Rentnern sehr geschätzt werden. Daher wird vereinbart, dass zukünftig bei Kolleginnen, deren Ruhestand bevorsteht automatisch angefragt wird, ob diese die Zusendung des Vorsorgeordners wünschen. Die Nachfrage zur Veröffentlichung der Daten verstorbener Kolleginnen und Kollegen im Polizeispiegel negierte Wolfgang Orscheschek mit dem Hinweis auf datenschutzrechtliche Aspekte. Es bedürfte hierzu jeweils einer Einverständniserklärung der Angehörigen.

Nachdem aus den unterschiedlichen Geschäftsbereichen berichtet wurde, unterbrach Erich Rettinghaus die Sitzung.

Die Sitzungsunterbrechung wurde dazu genutzt, Stefan Teschner von der BB Bank anlässlich der 15-jährigen Kooperation zwischen Bank und Gewerkschaft das Wort zu erteilen. Stefan Teschner gab zahlreiche Hintergrundinformationen zur BB Bank sowie zur bestehenden Kooperation.

Rechtsschutz

Nach der Sitzungsunterbrechung ging es mit einem Bericht aus dem Bereich des Rechtsschutzes weiter. Erich Rettinghaus berichtete, dass die Regressfälle in den Behörden deutlich zunehmen. Er verwies auf die von der DPoIG NRW bereitgestellten Hinweise zum Verhalten nach Schadensfällen. Hieraus ergibt sich, dass auch für beteiligte Kolleginnen und Kollegen die gleichen Verfahrensregeln

gelten, wie für jeden anderen betroffenen Bürger auch. Daher ist es durchaus sinnvoll keine detaillierten Angaben zur Sache, sondern lediglich zur Art der Beteiligung zu machen.

Jürgen Franke gab einen Überblick über Aspekte des Rechtsschutzes. Hierbei verwies er auf das neue Formularwesen, welches zwingend bei entsprechenden Anträgen zu nutzen ist.

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes Anträge, Resolutionen berichtete der Landesvorsitzende über immer größere Probleme bei der Gewährung von Sonderurlaub für gewerkschaftliche Aktivitäten. Beim nächsten Gespräch mit dem Minister des Innern, Herbert Reul, wird Erich Rettinghaus einen Hinweis hierzu geben.

Initiative zur Änderung des Strafrechts

Im Anschluss an diesen Hinweis wurden die Delegierten über den Hintergrund einer beabsichtigten Initiative zu einer Anpassung des Strafrechts informiert. So warf der Landesvorsitzende nochmal einen Blick zurück zum Jahreswechsel der Jahre 2022/2023, welcher deutschlandweit in vielen Städten für Chaoten eine Plattform für Angriffe auf Rettungskräfte und Polizeikräfte bot.

Nachdem nunmehr etwas über drei Monaten verstrichen sind ist erkennbar, dass die Politik nach anfänglicher Entsetzensbekundung längst zum Tagesgeschäft zurückgekehrt ist. Zudem haben die Gewaltexzesse bislang keine Verurteilungen und kaum erfolgreiche Ermittlungsverfahren nach sich gezogen. Regelmäßig liegt den Sachverhalten kein hinreichender Tatverdacht bei handelnden Personen zugrunde, so dass die Verfahren eingestellt werden. Erich Rettinghaus machte deutlich, dass dies für einen Rechtsstaat nicht hinnehmbar sei. Schließlich gibt es zahlreiche Belege für entsprechende Gewaltexzesse und es ist fatal, wenn der Eindruck entsteht, dass der Rechtsstaat an dieser Stelle die angegriffenen Kolleginnen und Kollegen und Rettungskräfte schutzlos den Chaoten ausliefert. Eine ähnliche Situation hatte es 2015 gegeben, als sich zahlreiche Frauen unter anderem in Köln massiver sexualisierter Gewalt ausgesetzt sahen. Trotz des massenhaften sexuellen Missbrauchs hat es lediglich eine Verurteilung gegeben. Die Ursache bestand darin, dass unter anderem der Tatbestand der sexuellen Nötigung noch existierte. Zudem konnten sich die Täter vor Strafverfolgung schützen, weil sie sie aus einem Mob heraus agierten, der ihnen gewissermaßen Deckung für ihre Handlungen bot, so dass sie unerkannt blieben. Aufgrund dieser Vorkommnisse wurde das Sexualstrafrecht dahingehend verändert, dass nunmehr auch Personen zur Verantwortung gezogen werden können, welche zwar nicht unmittelbar handeln, welche aber durch ihre Anwesenheit entsprechende Handlungen ermöglichen.

Die DPolG NRW ist davon überzeugt, dass es eine ähnliche Änderung auch im Bereich des Landfriedensbruchs geben muss. Auch hier soll es zukünftig möglich sein, Personen zur Verantwortung zu ziehen, die durch ihre Anwesenheit die Ausübung von Handlungen, die im Paragraphen 125 StGB unter Strafe gestellt werden, erst ermöglichen. Bislang muss jedem Beteiligten auch eine aktive Handlung nachgewiesen werden. Dies führt letztlich dazu, dass der Rechtsstaat bei Gewaltexzessen von Personenmehrheiten kapituliert- ein für die DPolG NRW unhaltbarer Zustand, wie Erich Rettinghaus abschließend feststellte.

Die Delegierten votierten einstimmig für eine entsprechende Initiative des Landesverbandes und erteilten somit dem geschäftsführenden Landesvorstand ein entsprechendes Verhandlungsmandat.

Nach dieser Entscheidung bedankte sich Erich Rettinghaus bei den Delegierten für die rege Beteiligung und schloss die Sitzung, so dass ein erfolgreicher Landesausschuss 2023 zu Ende ging.